Ä3 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 41 bis 45:

muss hierbei gewahrt werden, aber bei der Verletzung gültigen Rechts Beiträge gelöscht werden. ~~Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Betreiber*innen von sozialen Netzwerken genügend Mitarbeiter*innen einstellen, um gemeldete Kommentare schnellstmöglich zu bearbeiten und eventuell löschen zu können, falls sie strafrechtlich relevant sind.~~

Außerdem muss es Gerichten möglich sein, Soziale Netzwerke zur Löschung von rechtswidrigen Beiträgen und zum Schutz von Persönlichkeitsrechten zu verpflichten. Gerade letzteres war dem Landgericht Würzburg im Fall Anas Modamani, dessen Bild von rechten Hetzer*innen missbraucht wurde, nach geltender Rechtslage nicht möglich. Zudem müssen die Betreiber*innen der Profile und Seiten, auf denen Dritte Hasskommentare posten, haftbar gemacht werden, wenn sie sich mittel- oder unmittelbar an der Verbreitung dieser Hasskommentare beteiligen. Die Seiten- und Profilbetreiber*innen besitzen, wie auch die sozialen Netzwerke selbst, die Verantwortung, sich nicht zum Vehikel für Volksverhetzung machen zu lassen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Betreiber*innen sozialer Netzwerke auf, genug Mitarbeiter*innen einzustellen, um gegen Hasskommentare tätig werden zu können. Die Verfolgung der Verfasser*innen von Hasskommentaren sollte insgesamt dennoch in den Händen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz liegen und nicht in wenig transparenter Weise komplett an die Betreiber*innen sozialer Netzwerke ausgelagert werden. Die Bildung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

Begründung

Die Entstehung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke zur Löschung strafrechtlich relevanter Inhalte ist problematisch. Zwar müssen soziale Netzwerke (und insbesondere auch die Betreiber*innen von z.B. Like-Seiten, auf denen Hasskommentare gepostet werden; so könnte man endlich mal die ganzen AfD-Seiten dran kriegen) haftbar gemacht werden können, wenn sie gegen die Verbreitung von strafrechtlich relevanten Inhalten auf ihren Websites nichts tun. Und zum Vorgehen dagegen zählt auch Löschung. Aber die Verfolgung von Hasskommentaren darf auf keinen Fall an die sozialen Netzwerke gewissermaßen "ausgelagert" werden, sondern Polizei und Staatsanwaltschaften müssen endlich mehr gegen die Netz-Nazis tun und sich nicht darauf ausruhen, dass die sozialen Netzwerke ja was machen.

Außerdem müssen die sozialen Netzwerke durch Gerichte zum Schutz von Persönlichkeitsrechten verpflichtet werden können. Der Fall Anas Modamani hat hier Gesetzlücken aufgezeigt.

Durch meinen Änderungsantrag möchte ich diese beiden Punkte auch im Antrag herausstellen.